

Nach Brandanschlägen jetzt Schlüsseldiebstahl: Legalisierter Terror gegen Volkswagen?



In Emden warteten 400 Volkswagen mit Diesel- und Benzinmotoren auf ihre Verschiffung. Da die Schlüssel, heute fast immer elektronisch, wohl nicht in den Autos steckten, sondern zentral gelagert wurden, konnten bis zu 40 (!) Aktivisten von *Greenpeace*, generalstabsmäßig geplant, sogar mit einer Art Uniform, sie stehen.

Die Wagen können ohne Schlüssel nicht ins Schiff gefahren werden und stecken daher erst einmal im Hafen fest. 14 der Täter konnten gefaßt werden; es wurden nur die Personalien festgestellt. Immerhin fand man bei ihnen auch einige Dutzend Autoschlüssel.

Die Aktivisten kündigten an, die Schlüssel an einen Ort der Welt zu verschicken, wo der CO₂-getriebene Klimawandel angeblich besonders schlimm wütet.

Was ist an Strafen zu erwarten? Aus Erfahrung wenig bis nichts – schon in den 1980ern hatte klar strafbares Verhalten auf Anti-Kernkraft-Demos, von einer erkennungsdienstlichen Behandlung abgesehen, kaum Folgen für die privilegierten Revoluzzer. Erst recht heute, wenn selbst das „Schottern“ von Bahngleisen nicht zu langen Haftstrafen führt (schwere Eingriffe in den Verkehr).

Nun ist aber ein halb-privater Konzern betroffen. Wird er seine teuren Anwälte auf die Organisation hetzen? Aus zwei Gründen kaum möglich. Erstens: *Greenpeace* ist schon lange keine idealistische Naturschutz-Organisation mehr, sondern ein verschachtelter Konzern, der halt keine Waren, sondern Identität und ein „gutes Gefühl“ verkauft. Es gibt die Mutter *Greenpeace International*, die in den Niederlanden ihren Sitz hat. Der Ableger *Greenpeace Deutschland* in Hamburg hingegen, der als gemeinnützig anerkannt ist (und die Spenden kassiert), ist formaljuristisch eine andere Organisation. Daher kann der Staatsanwalt beziehungsweise das Gericht den Ökoterroristen nicht so leicht mit finanziell empfindlichen Strafen wie Entzug der Gemeinnützigkeit beikommen – es hängt davon ab, in welchem Auftrag die Täter handelten, oder zu wem sie gehörten.

Zweitens: Kulturell und politisch ist der *Greenpeace*-Konzern derart mächtig,

daß die Manager nicht einfach drauf los klagen können; und der Staatsanwalt muß auch aufpassen, da er politischer Kontrolle unterliegt. Passend dazu empört sich die Emdener VW-Sprecherin nicht öffentlich, sondern erzählt nur von den Plänen zu noch mehr E-Autos (die naturzerstörend sind...) und Milliardeninvestitionen in „klimafreundliche“ Technik. Man sei zum „kritischen Dialog“ bereit.